

An den Oberbürgermeister

Thomas Eiskirch

Rathaus Willy-Brandt-Platz 2-6 Ebene 0, Zimmer 50/52 44777 Bochum

0234 910- 4711 / 4412

07.07.2025

## Anfrage zur 40. Sitzung des Rates am 10.07.2025 Betreff: Menschen ohne Krankenversicherung

Die Fraktion FASG bittet die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie viele Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nahmen in Bochum in den vergangenen drei Jahren (jeweils einzeln aufgelistet) Gesundheitsleistungen über MediNetz Bochum, Medizinische Hilfe Bochum oder vergleichbare Angebote in Anspruch?
- 2. Wie viele Menschen ohne Krankenversicherung wurden in den letzten drei Jahren jährlich in den Bochumer Kliniken behandelt?
- 3. Wie viele Menschen ohne Versicherungsschutz leben nach Kenntnis der Stadtverwaltung aktuell in Bochum?
- 4. Wie vielen Personen ohne Versicherungsschutz wurde in den vergangenen drei Jahren jährlich Hilfe zur Gesundheit gemäß § 48 SGB XII gewährt?
- 5. Wie viele Kinder und Jugendliche ohne Krankenversicherung leben in Bochum bzw. wurden medizinisch versorgt?
- 6. Welche medizinischen Leistungen wurden besonders häufig in Anspruch genommen (z. B. Notfallbehandlungen, Geburten, Behandlung chronischer Erkrankungen)?
- 7. Welche Kosten sind der Stadt in den letzten drei Jahren durch die medizinische Versorgung nicht versicherter Personen im Rahmen gesetzlicher oder freiwilliger Leistungen entstanden?
- 8. Welche Strukturen bestehen in Bochum zur Beratung und medizinischen Begleitung von Menschen ohne Krankenversicherung, insbesondere in Kooperation mit freien Trägern, Kliniken oder Clearingstellen?

## Begründung:

Trotz des umfassenden Sozialversicherungssystems in Deutschland leben auch in Bochum Menschen ohne Krankenversicherung. Dies betrifft u. a. Personen, die ihre Beiträge zur privaten Krankenversicherung nicht mehr zahlen können, Menschen ohne festen Wohnsitz, Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel sowie illegal Beschäftigte. Die Gewährleistung einer grundlegenden medizinischen Versorgung ist Ausdruck der Menschenwürde und eine kommunale Verpflichtung im Sinne sozialer Daseinsvorsorge.

Mit freundlichen Grüßen

Mehriban Özdogan Fraktionsvorsitzende